

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Ausgegebenes Sonntagsblatt.

Abonnement-Preis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Herantträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 18.

Mittwoch den 25. Januar.

1893.

Für die Monate Februar und März werden
Abonnements auf den

„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen Post-
anstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Ein abgeklärter Angriff der Agrarier.

Die dreitägige Debatte, welche die Agrarier des Abgeordnetenhauses anlässlich des Domänenetats in Scene gesetzt haben, ist noch immer nicht zu Ende; aber die Erklärungen, zu denen sich der landwirtschaftliche Minister v. Heyden-Gadow veranlassen gesehen, lassen keinen Zweifel darüber bestehen, dass die Agrarier den Kürzeren ziehen werden. Ihre Behauptung, dass die angebliche Vothlage der Landwirtschaft, d. h. der Rückgang der Getreidepreise eine Folge der am 1. Februar 1892 in Kraft getretenen Handelsverträge und insbesondere der Herabsetzung der Getreidezölle von 50 auf 35 Mk. sei, ist auch durch öftere Wiederholung nicht stichhaltiger geworden und Herr v. Heyden, der vor seiner Ernennung zum landwirtschaftlichen Minister der konservativen Partei angehört hat, sah sich gezwungen, seine früheren Parteigenossen vor Uebertreibungen zu warnen, die ihrer Sache nur schädlich sein könnten. Bei Beginn der Debatte war es der Abg. v. Kroeber, der dem aus dem Schooße der Partei hervorgegangenen Minister mit der Erklärung zu Leibe ging: „Wenn wir (bei der Vorbereitung der Handelsverträge) einen energischen landwirtschaftlichen Minister gehabt hätten, dann hätten wir entweder keine Handelsverträge oder wir hätten diesen landwirtschaftlichen Minister nicht mehr.“ In einer späteren Rede ging Herr v. Kroeber noch einen Schritt weiter und, nachdem er daran erinnert, dass der Vorgänger des Herrn v. Heyden, der freikonserervative Herr v. Lucius, sein Amt niedergelegt habe, weil er die Verantwortlichkeit für die Herabsetzung der Getreidezölle nicht habe übernehmen wollen, erklärte er, wenn ein Handelsvertrag mit Russland auf derselben Grundlage wie der österreichische zu Stande kommen sollte, so wolle er ihn lieber von einem liberalen Landwirtschaftsminister als von einem konservativen. Auf einen Zwischenruf des Herrn von Gadow, der wiederholte: „Ich nehme Sachen, die mir nicht passen, lieber von einem Liberalen, als von einem, der meine Ansicht theilt.“ Ja, die Herren Agrarier waren darauf und daran, Herrn v. Heyden für einen bedingten Freihändler auszugeben. Wenn die Herren wirklich geglaubt haben sollten, Herrn v. Heyden in's Bodenhorn zu jagen und ihn zum Minister oder zum Eintreten gegen einen Handelsvertrag mit Russland zu drängen, so haben sie jedenfalls ihr Ziel verfehlt. Er erklärte zunächst die Abtrase von einer Abschlagung der Landwirtschaft durch einen etwaigen Handelsvertrag mit Russland für falsch. Die jetzige Preisbildung des Getreides und der landwirtschaftlichen Produkte habe mit den Handelsverträgen nichts zu thun. So wenig der Handelsvertrag an den vorjährigen hohen Preisen schuld gewesen, so wenig sei es die Ursache der jetzigen niedrigen Preise, die eine Folge der guten Ernte seien. Den Vorwurf, dass er ein bedingter Freihändler sei, wies Minister v. Heyden in ebenso treffenden Worten zurück. Schon in seiner ersten Rede hatte er gesagt: „Der übrige bin ich kein Spiritusrenner, kein Zuckerrübenbauer, auch kein größerer Weizener, sondern bloß ein einfacher Landwirt, der Korn baut.“ Er wisse also, wie dem Landwirte zu Muth ist, er vernehme die Mißstimmung vieler Landwirthe sehr gut, „weil ich weiß, daß es ihnen schlecht geht.“ Aber, fügte er letzten Sonnabend hinzu, er könne ja vollkommen anerkennen, daß Jemand, der an der Spitze wohnt und den ganzen Segen beobachtet, den der Verkehr und Handel nicht bloß auf die Industrie und den Kaufmannstand ausübt, sondern auf alle

Landestheile, welche an demselben Theilnehmen, das der naturgemäß ein größeres Interesse hat für den freien Verkehr, wie für den beschränkten Verkehr. Er sei sich klar darüber, daß gerade der Diskussionsstreit für die ganze Schutzzollgesetzgebung erhebliche Opfer im Interesse des gesammten Vaterlandes gebracht habe. Wie er ferner nach der Natur seines ganzen Aufwachsens in der Nähe der See die hohe Bedeutung des freien Verkehrs würdige, so verschleie er sich doch dem nicht, daß die Schutzzölle seiner Zeit notwendig gewesen seien und sei er von der fortwährenden Nothwendigkeit der Schutzzölle überzeugt. Aber es handele sich gar nicht darum, die Schutzzölle aufzuheben, und selbst der ertragreiche Schutzzöllner wird anerkennen müssen, daß ein Zoll von 35 Mk. pro Tonne ein nicht zu verachtender Schutz ist. Er wolle werden die Herren Sombart, Kistert, Drawe, Uher welche die Herren v. Minnigeode, v. Kroeber, Schulp-Lupky, v. Gerlich die ganze Schale ihrer anrathigen Euerklärung ergießen, den landwirtschaftlichen Minister nicht als einen der ibrigen in Anspruch nehmen, immerhin aber ist es ertheulich, daß auch ein konservativer Mann die Auffassung vertritt, daß nicht das einseitige agrarische Interesse die Oberhand haben dürfe, sondern daß man auch das Interesse von Industrie und Handel und Gewerbe berücksichtigen müsse. Aber damit ist natürlich den Herren Kroeber u. Gen. nicht gebiet.

Politische Uebersicht.

Das hürttembergische Königspaar ist zur Heirat in den Vermählungstagen feierlich in Wien angetroffen. Am Sonntag Mittag statterte der König von Württemberg den in Wien anwesenden Erzherzogen und sämmtlichen Persönlichkeiten Besuche ab und empfing die Gegenbesuche derselben. Am Abend fand ein Diner beim Erzherzoge Karl Ludwig statt und später ein Festball im Schlosse. — Hinsichtlich der ungarischen Finanzoperationen aus Anlaß der Valutarregulierung veröffentlicht das ungarische Amtsblatt eine Kundgebung des Finanzministers, wonach die ungarische vierprozentige Staatsrentenanleihe im Gesammtbetrage von 1062.000.000 Kronen in Abschritten von hundert, zweihundert, tausend und zehntausend Kronen in ungarischer, deutscher, französischer und englischer Sprache ausgeteilt, zur Ausgabe gelangt. Ferner gelangt zur Conversion der Staatsanleihe und für die Zwecke der Valutarregulierung eine vierprozentige goldrentenlose Staatsrentenanleihe von 90 Mill. Gulden zur Ausgabe. Die Renten sind gegen vollkommene Stempel-, Steuer- und Veräußerungsfreiheit für alle Zukunft. Die Einlösung erfolgt in Kronen, deutschen Mark und holländischen Gulden.

Anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages Ludwigs XVI., der am 21. Januar 1793 auf Befehl des Convents hingerichtet wurde, haben die französischen Monarchisten in mehreren Klubs von Paris und ebenso in den Provinzen feierliche Messen veranstaltet, welche ohne jeden Zwischenfall verliefen. — Der Höhe gegen die Dreibundvertreter, welche anlässlich des Panama-Skandals die „Coarbe“ in infamer Weise versucht hat, ist jetzt endlich, freilich erst ziemlich spät, die französische Regierung durch eine offizielle Deklaration entgegengetreten. Der Minister des Auswärtigen Dessele suchte am Sonntag den deutschen Botschafter Grafen Münster auf um ihm sein Bedauern über die verlebendlichen Angriffe der französischen Presse auf andere Vertreter der Dreibundsmächte auszusprechen. Diese Verleumdungen betrafen beinahe die Befugnisse, daß die Bezeichnung einer Verwicklung des russischen Botschafters Baron v. Mohrenheim in die Panamaaffäre von einem Dreibundvertreter heräufte, eine Bezeichnung, die in verballter Form schließlich sogar der offizielle „Tempo“ übernommen hatte. Das jetzige Desaveu

dieser Verleumdung kommt zur rechten Zeit, da bereits in der Montag-Abendnummer der „Nordd. Allg. Ztg.“ unter Uebernahme einer Abwehrtrotz der „Allg. Ztg.“ offiziell die Drohung ausgesprochen wird, daß sich, wenn die Vertreter der monarchischen Mächte in Frankreich schuldig derartigen Verleumdungen preisgegeben werden, Deutschland sich damit einverstanden erklären werde, daß die ausländischen Botschafter außerhalb Frankreichs der Entwicklung der Dinge zusehen. Zugleich wird von Wien aus jede Verantwortung der politischen Kreise Oesterreichs für die Angriffe auf Baron v. Mohrenheim abgelehnt. — In der Panamaffäre hat am Sonnabend eine nochmalige Vernehmung von Clemenceau stattgefunden, in welcher dieser dabei blieb, daß er von der Liste der Kompromittirten früher seine Kenntniß erhalten, sondern zum ersten Male davon gehört habe während der Besprechungen wegen der Herausforderungen Arènes gegen den Advokaten, an welcher Sache er theilhaftig gewesen sei; auch den Namen des F. habe Anbriug ihm genannt, aber nur ihm persönlich. Auf die Frage, ob in der letzten Unterredung, welche Reinach mit Herz im Beisein Clemenceaus gehabt hat, von der Liste gesprochen worden sei, erklärt Clemenceau diese Behauptung sei eine schändliche Abscheulichkeit. Clemenceau äußerte auch ernliche Zweifel an der Aufrichtigkeit Stephanes. Auf seinen Wunsch wurde sodann der frühere Minister des Auswärtigen, F. Louvreaux, vernommen, welcher einräumte, daß eine gewisse Summe aus dem geheimen Fonds des auswärtigen Amtes unter dem Ministerium Rouvier auf Cabietsbeschluss ausgezahlt worden sei. Der Deputirte Delahaye, welcher zuerst mit Aufschuldigungen gegen französische Depuirte hervorgetreten ist, wiederholte seine frühere Aussage, daß er die Liste mit den Namen von 172 Depuirten, Senatoren, Funktionären, welche Panamagelder erhalten haben, von seiner bekannten Rede im Parlamente gehalten habe. Die Liste sei nach London zurückgeschickt worden. Wenn sie eines Tages publizirt würde, so sei dies nicht seine Schuld. Die Liste sei nicht von Doreffen begleitet gewesen, verdient aber in Delahayes Augen volles Vertrauen. Delahaye erklärt ferner, es sei nicht seine Sache, die Namen zu nennen. Er habe nur einen sozialen Mißbrauch bezwecken wollen und sei kein Angeber. Die Vertreter mächtig die Namen der Betroffenen nennen. Sache der Justiz sei es, die individuellen Beweise zu schaffen, er besitze dieselben nicht. Er habe nur eine Photographie der Liste gesehen, auf der 172 Namen mit Hifern verzeichnet gewesen seien, er habe sein Ehrenwort gegeben, niemals den Namen dessen zu nennen, der ihm die Liste gezeigt hat. Näheres könne die Regierung oder Arton der Commission mittheilen. Weiterhin wurde der Herausgeber der „Antenne“, Mayer, vernommen, welcher die Behauptung, daß er von Rouvier 100.000 Franc. erhalten habe, ledig zurückwies. — Gegen Rouvier ist neuerdings auch der frühere Kriegsminister, General Ferron, mit der belastenden Aussage aufgetreten, daß Rouvier thatsächlich Gelder aus dem Geheimfonds des Kriegsministeriums zur Bekämpfung des Boulangerismus übergeben wurden. Die Gelder seien zurückgezahlt worden.

Ueber die Bankkrisis in Italien bringt der „Commercio italiano“ folgende auf ihre Richtigkeit vorläufig uncontrolierbare Angaben, die indes, nach den jüngsten Vorkommnissen zu schließen, sehr glaublich klingen: „Die Banca Romana befindet sich heute in einem Zustande, in dem sich vielleicht niemals ein Institut der Welt befinden hat. Es handelt sich nicht bloß um verlorenes Kapital u., sondern um ungläubliche kriminalistische Thatfachen und nicht bloß um doppelte Serlen von 50 und 1000 Franc-Billets, nicht bloß um Wechsel ohne Stempel und ungeheure Contocorrenten zu Gunsten von verschiedenen Persönlichkeiten, darunter drei oder vier Abgeordneten von Rom und der römischen Provinz, sondern um eine Emission von Papiergeld um viele Millionen ohne die geringste Berechtigung, um Verwendung von

Geld zur Bestochung von Beamten, um widerrechtliche Aneignung, Hinterziehung u. Was die Ausschusskommission betrifft, so unterhielten sich diese im Café Arago, während es in den Instituten, die sie hätten überwauchen sollen, kummernd zugeht. Auf gut 65 Millionen schätzt dasselbe Blatt das Manco in der Banca Romana. — Die Gerichte von Ministerien infolge der Aufdeckung des Schwinds bei der „Banca Romana“ werden offiziell demontiert. Die „Tribuna“ befreit, das Grimaldi seine Demission einreichen werde und fügt hinzu, daß keiner der gegenwärtigen Minister irgendwelche geschäftliche Beziehungen zur „Banca Romana“ gehabt habe. Die „Tribuna“ erklärt auch, Giolitti sei fest entschlossen, seine Pflicht streng und ohne Schwäche zu erfüllen.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten beriet am Sonnabend den Gesetzentwurf, betreffend die Einwanderung. Ein Amendement, wonach der Herkunft aus Europa eine Quotenlinie auferlegt werden soll, wurde verworfen. — Präsident Cleveland äußerte bei einem Interview durch den Syracuse Correspondent der „New-York Times“, er hoffe auf die Annahme des Gesetzentwurfs, wodurch die Sherman-Bill bezüglich des Verkaufs von Silbermetall aufgehoben werde. Auf die Frage, ob der Mac Kinley-Tarif abgeschafft werden würde, habe Cleveland erwidert, er wolle doch wissen, ob man ihm denn zu einem andern Zwecke die Macht anvertraut habe.

Die Lage in Mexiko ist dem Anschein nach durch das offizielle Nachgeben des Khevide noch keineswegs beruhigt; vielmehr herrscht nach einer Schilderung des „Neueren Bureaus“ noch lebhaftere Besorgnis über die weitere Entwicklung, infolge des provocatorischen öffentlichen Auftretens des Khevide, das die niederen Klassen aufgestachel hat. Man hält daher sogar eine Vermehrung der englischen Okkupationsstruppen nicht für unwahrscheinlich.

Deutschland.

Berlin, 24. Jan. Am Sonntag Abend begaben sich der Kaiser und der Prinz Heinrich nach dem Anhalter Bahnhof, um den Herzog von Coburg bei dessen Ankunft in Berlin zu begrüßen und ins königl. Schloß zu geleiten. Gestern Vormittag arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Stabskabinetts und nahm verschiedene Vorträge entgegen. Nachmittags gegen 1/2 2 Uhr begab sich der Kaiser nach dem Anhalter Bahnhof, um gemeinsam mit den königlichen Prinzen und den hier anwesenden Fürstlichkeiten den König von Sachsen zu begrüßen und ins königl. Schloß zu geleiten. Nachmittags gegen 3 Uhr 30 Min. begaben sich die Majestäten und die Prinzen und Prinzessinnen mit den fremden Fürstlichkeiten zum 1. Garde-Dragoon Regiment, Königin von Großbritannien und Irland, nach der Belleallianestraße, um daselbst der Braut zu Ehren veranstalteten Reiterquadrille beizuwohnen. Abends fand im Weißen Saal des königl. Schloßes eine Prunktafel statt, zu welcher über 300 Einladungen ergangen waren. An derselben nahmen mit den Majestäten und den Mitgliedern der königl. Familie die hier anwesenden hohen Gäste und deren Gefolge, die Fürstlichkeiten, die Staatsminister, die Generalität und viele andere Personen von Rang und Bedeutung u. theil. — Die Kaiserin wohnte am Sonntag Vormittag dem Gottesdienste in der Dreifaltigkeitskirche bei. Hierauf stattete die Kaiserin verschiedenen fürstlichen Personen Besuche ab und empfing nachmittags 5 Uhr die verwitwete Erbprinzessin von Anhalt.

(Die Ordnung der Feierlichkeiten) bei der heute, am 25. Januar, im königlichen Schloß stattfindenden Vermählung der jüngsten Tochter Kaiser Friedrichs, der Prinzessin Margarethe mit dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen ist endgültig festgesetzt worden. Eingeleitet werden die Hochfestlichkeiten durch eine Galatafel beim Kaiserpaar am Montag Abend 7 1/2 Uhr im Weißen Saal und durch eine Familientafel bei der Kaiserin Friedrich in ihrem Palais am Dienstag Abend 7 Uhr. An die Ziviltrauung des jungen Paares, welche um 4 Uhr am Mittwoch Nachmittag im Palais der Kaiserin Friedrich durch den Minister des königlichen Hauses von Wedell-Biedorf erfolgt, schließt sich um 5 Uhr in der Schloßkapelle die kirchliche Vermählung. Um 4 1/2 Uhr versammelt sich die königliche Familie mit dem Brautpaare im Küstürzimmer. Durch Beamte des Haushalts wird die königliche Prinzessinnentrone herbeigebrought und von einem Offizier und zwei Mann vom Regiment Gardes du Corps bis an das Küstürzimmer geleitet. Sobald die königliche Familie versammelt ist, befehligt die Kaiserin Auguste Victoria im Einverständigen Kabinett auf dem Haupt der Prinzessin Braut die Krone. Unter großem Vorritt bewegt sich abdann der Hochzeitszug durch den Ritteraal, die Silbergalerie, in welche Zuschauer aus Billets eingeladen sind, und die Weiße Saal-Gallerie nach der Kapelle. Bei Eintritt in dieselbe ertönt Chorgesang. Der stell-

vertretende Schloßparrer, General-Superintendent D. Dr. vander, und die Hof- und Domkapellmeister empfangen das Brautpaar beim Eintritt in die Kapelle, geleiten dasselbe zum Altare und stellen sich sodann rückwärts desselben auf. General-Superintendent D. Dryander vollzieht die Trauung. In dem Augenblicke, in welchem das Brautpaar die Ringe wechselt, werden von der im Lustgarten aufgestellten Leib-Batterie des 1. Garde-Feld-Artillerieregiments dreimal zwölf Kanonenschüsse abgefeuert. Nach ausgesprochenem Segen begibt sich das Kaiserpaar, Kaiserin Friedrich, der König von Sachsen und die übrigen Mitglieder der Familie nach der Brandenburgerischen Kammer, um daselbst dem Brautpaare die Glückwünsche abzusprechen. Gleich darauf begibt sich die kaiserliche Familie in den Weißen Saal, Kaiserin Friedrich und der König von Sachsen treten mit dem Brautpaar unter dem Thronhimmel, die übrigen hohen Gäste ordnen sich zu beiden Seiten und abdann beginnt vor dem Brautpaar die Desfilircoure sämmtlicher Personen aus der Kapelle. Der Cour folgt im Ritteraal die Cerimonientafel, bei welcher rechts von der Braut der Kaiser, Kaiserin Friedrich und der Landgraf von Hessen, links vom Bräutigam die Kaiserin, der König von Sachsen und die verwitwete Landgräfin von Hessen sitzen. Außer der königlichen Cerimonientafel sind im Gardes du Corps-Saal und in den angrenzenden Räumen, im Marinesaal und in der altsächsischen Kammer neben der Silbergalerie, in den Braunschweigischen und in den Elisabeth-Kammern, sowie in dem Elisabeth-Saale Büffets für die übrigen Gäste aufgestellt. Sobald die Suppenschüsseln von der Tafel gehoben sind, bringt der Kaiser die Gesundheit des jungen Paares aus, wozu das Musikcorps des 1. Dragonerregiments Tusch bläst. An die Galatafel schließt sich gegen 8 Uhr im Weißen Saal der Fackeltanz der Minister, der in folgender Reihenfolge erfolgt: Der Ober Hof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg mit dem großen Marschallstab; ihm folgen die auf Befehl des Kaisers hierzu eingeladenen elf Staatsminister und der Minister des königl. Hauses mit weißen Wachslichtern, paarweise, je nachdem Alter ihres Ratenis, sodas die jüngsten vorangehen, nämlich: 1) der Minister Dr. Boffe, 2) der Minister Thielens, 3) der Minister v. Heyden, 4) der Minister v. Kallenberg-Sachau, 5) der Minister Dr. Miquel, 6) der Minister Freiherr v. Verelisch, 7) der Minister Dr. v. Schelling, 8) der Minister v. Wedel, 9) der Minister Dr. v. Algenbach, 10) der Minister Delbrück, 11) der Vize-Präsident des Staatsministeriums Dr. v. Voettrich, 12) der Präsident des Staatsministeriums Graf zu Eulenburg. Es folgt das neuvermählte Paar. Nachdem dasselbe einen Rundgang im Saale gemacht, fordert die Prinzessin Braut den Kaiser zum Tange auf, und es folgt wiederum ein Rundgang. Nachdem sodann die Minister die Wachslichter an zwölf Pagen übergeben haben, fordert die Braut den König v. Sachsen zum Tange auf, gleichzeitig der Bräutigam die verwitwete Landgräfin von Hessen und die Herzogin von Connaught und es findet ein neuer Rundgang statt. Hierauf tanzt die Braut immer mit je zwei der Prinzen, welche sich im Zuge befinden, und gleichzeitig der Bräutigam mit je zwei der anwesenden Prinzessinnen. Nach Beendigung des Fackeltanzes wird das junge Paar in die für dasselbe eingerichteten Gemächer geleitet und hier erfolgt die Verheilung des Strumpfbandes der Prinzessin Braut, worauf der Kaiser gegen 8 1/2 Uhr den Hof verläßt.

(Caprivis „Freunde“.) Bemerkenswert ist die Stellung, welche nach wie vor das von der nationalen Partei gegründete billige Wochenblatt „Deutscher Bürger- und Bauernfreund“ gegen den jetzigen Reichskanzler einnimmt. In einem Artikel über den Nachfolger Bismarck's in Nr. 3 heißt es am Schluß: „Was Graf Caprivi mit der Rede wollte, ist klar: Seine ganze Militärvorlage durchdrücken. Um den Zweck zu erreichen (er hat ihn nicht erreicht) setzte er alle anderen Rücksichten hintenan, malte er die europäische (Lage) rabenschwarz, ohne zu bedenken, das das nicht geht, ohne nicht recht freundlich Gefinnthe als direkte Feinde hinzustellen. Damit wird aber die europäische Lage keinesfalls verbessert. Der Diplomat hat aber nicht die Aufgabe, möglichst viel Soldaten aufzubringen, sondern eine so vortheilhafte Sprache zu führen, das wir möglichst wenig brauchen. Ohne eine starke Armee als Rückhalt ist freilich alle diplomatische Kunst vergeblich. Aber möglichst viel Soldaten aufzustellen, damit man mit geringerer Gefahr diplomatische Böden schießen kann — das ist auch keine Politik. Graf Caprivi fordert vom Volke große Opfer, damit wie gut gerüstet sind. Er sollte aber auch wieder ein Opfer bringen, damit wir wieder zu einer besseren Führung der auswärtigen Angelegenheiten kommen. Es bedarf dazu nur eines Entlassungsgesetzes.“

(Zur Militärvorlage.) Freiherr v. d. Goltz-Bascha ergreift in der „Köln. Zig.“ noch

mal das Wort für die neue Militärvorlage. Irrend welche neuen Momente sind in dem langathmigen Artikel nicht enthalten. Sehr abfällig urtheilt Frhr. v. d. Goltz über die jetzige Beschaffenheit des dritten Jahrgangs wie folgt: „Einige Leute von guten Anlagen und tadelloser Führung, die unter andern Umständen entlassen worden wären, bleiben zurück, weil ihr Compagniechef ihnen die Beförderung zum Unteroffizier im Laufe des dritten Dienstjahres in Aussicht stellt. Hab freilich, halb dem Zureden eines von ihnen verehrten Vorgesetzten folgend bleiben sie und leisten bis auf wenig Ausnahmen gute Dienste. Doch ihre Zahl ist gering. Es kann sich um drei oder vier Leute handeln. Ein zweiter Bruchtheil sind Schreiber, Handwerker u. s. w., Mannschaften, die um ihrer besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten willen bis dahin kleinere Vortheile und Berücksichtigungen genossen haben und, wie man, ohne eine Härte zu begehen, noch im dritten Dienstjahre freigestellt kann. Alle übrigen sind Mannschaften, die wegen mangelhafter Führung oder wegen besonderer Unbeholdenheit im militärischen Dienst nicht entlassen werden können.“ Gewiß wirke die Aussicht, bei guter Führung nur zwei Jahre, bei mangelhafter aber drei zu dienen, fördernd auf die Zucht und Ordnung unter unsern Soldaten. Aber der Vortheil, der damit gewonnen wird, geht zum großen Theil durch den Umstand wieder verloren, das die durch Schuld oder Mißgeschick Zurückgehaltenen sich nach einmal erhaltener Zurücksetzung leicht gehen lassen.“ Je geringer sich hiernach die Bedeutung des dritten Jahrgangs herausstellt, desto weniger gerechtfertigt ist es, unter dem Titel „Kompensationen“ für die Entlassung der zweijährigen Dienstzeit eine solche Erhöhung der Militärlasten im Ganzen herbeizuführen, wie dies die Militärvorlage beabsichtigt.

(Verhandlungen hinter den Kulissen zur Militärvorlage.) Der „Henn. Cour.“ läßt sich berichten, das die conservative und die nationalliberale Partei am Freitag und Sonnabend Sitzungen abgehalten haben, um über den Weg zu einer Verständigung über die Militärvorlage zu beraten. — Diese Nachricht ist nicht richtig. Es haben solche Fraktionsitzungen überhaupt nicht stattgefunden. Dagegen wird zwischen konservativen, Nationalliberalen und der Regierung hin und her gehandelt auf der Grundlage einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 54 000 Mann. Man soll hierbei ausgehen von einer Erhöhung des Rekrutenkontingents um 38 000 Mann. Dies würde nach Anrechnung des zur Entlassung kommenden dritten Jahrgangs eine Heeresverfäugung an Unteroffizieren und Gemeinen bedingen um 28 000 Mann. Dazu würde noch diejenige Erhöhung der Friedenspräsenzstärke von 26 000 Mann kommen, welche aus der Annahme der Durchschnittsberechnung an Stelle der jetzigen Maximalberechnung der Friedenspräsenzstärke folgt.

(Ein Gesetzentwurf betr. Ruhehaltslassen für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen) ist dem Herrenhause am Montag zugegangen. Nach demselben sollen die Bestimmungen des Gesetzentwurfs an die Stelle der bezüglichlichen Bestimmungen des Pensionengesetzes von 1885 treten. § 1 lautet: „Bezug gemeinsamer Bestreitung des durch den Staatsbeitrag nicht gedeckten Theil der Ruhegehälter der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen wird für die zur Ausbringung verpflichteten Schuldverbände (Schulsozialitäten, Gemeinden, Kreisbezirke) vom 1. April 1893 ab in jedem Regierungsjahre eine Ruhehaltsklasse gebildet.“ Zur Deckung dieser Zahlungen werden Umlagen auf die Schulverbände nach dem Maße des Einkommens der Lehrerstellen ausgeschrieben. Dabei stellt aber ein Betrag bis zu 800 Mk. von jeder Stelle außer Anschlag, weil für den Höchstbetrag des Ruhegehalts aus demselben (45/60) der Staat mit seinen Leistungen eintritt. Aufzubringen waren im Jahre 1891 für die Ruhegehälter aus den Stelleneinkommen 310426 Mk., von den Gemeinden und sonstigen Verpflichteten 2145302 Mk. Diesen zusammen 2455728 Mk. steht gegenüber ein Gesamteinkommeneinkommen von rund 103 Mill. Mk. Von diesem bleibt ein Betrag von rund 53 Mill. außer Anschlag, so das auf jene etwa 50 Mill. Mk. rund 2 1/2 Mill. Mk. Beiträge, d. h. auf jedes beitragspflichtige hundert Mark Dienstlohn 5 Mk. Ruhegehaltsbeitrag kommen. Angenommen, eine Gemeinde hat 3 Lehrer, der erste hat 900 Mk. Stelleneinkommen, 150 Mk. Wohnungs- und Feuerungsbeitrag, 400 Mark Alterszulage, zusammen 1450 Mk., der zweite dementsprechend 800, 100, 200, zusammen 1100 Mk., der dritte 700 und 80 Mk. (ohne Alterszulage) zusammen 780 Mk., so bleibt die dritte Stelle ganz außer Betracht, von dem Einkommen des zweiten kommen 300, von dem der ersten 650, zusammen 950 Mk., rund 900 Mk. im Anschlag, so das die Gemeinde einen Ruhegehaltsbeitrag von 45 Mk. jährlich zu zahlen hat. Natrlich wird sich dieser Satz in den einzelnen Regierungsjeh-

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7^{1/2} Uhr.
Geschäftsstelle: Delbrüge Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnement-Preis
Für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Hermsdrücker. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 18.

Mittwoch den 25. Januar.

1893.

Für die Monate Februar und März werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Zusätze finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Ein abgeschlagener Angriff der Agrarier.

Die dreitägige Debatte, welche die Agrarier des Abgeordnetenhauses anlässlich des Domänenetats in Szene gesetzt haben, ist noch immer nicht zu Ende; aber die Erklärungen, zu denen sich der landwirtschaftliche Minister v. Heyden-Cadow veranlasst gesehen, lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Agrarier den Kürzeren ziehen werden. Ihre Behauptung, daß die angeblide Nothlage der Landwirtschaft, d. h. der Rückgang der Getreidepreise eine Folge der am 1. Februar 1892 in Kraft getretenen Handelsverträge und insbesondere der Herabsetzung der Getreidezölle von 50 auf 35 Mk. sei, ist auch durch öftere Wiederholung nicht stichhaltiger geworden und Herr v. Heyden, der vor seiner Ernennung zum landwirtschaftlichen Minister der konservativen Partei angehört hat, sah sich gezwungen, seine früheren Parteigenossen vor Uebertreibungen zu warnen, die ihrer Sache nur schädlich sein könnten. Bei Beginn der Debatte war es der Abg. v. Kroecker, der dem aus dem Schooße der Partei hervorgegangenen Minister mit der Erklärung zu Leibe ging: „Wenn wir (bei der Vorbereitung der Handelsverträge) einen energischen landwirtschaftlichen Minister gehabt hätten, dann hätten wir entweder keine Handelsverträge oder wir hätten diesen landwirtschaftlichen Minister nicht mehr.“ In einer späteren Rede ging Herr v. Kroecker noch einen Schritt weiter und, nachdem er daran erinnerte, daß der Vorgänger des Herrn v. Heyden, der freikonservative Herr v. Aulicus, sein Amt niedergelegt habe, weil er die Verantwortlichkeit für die Herabsetzung der Getreidezölle nicht habe übernehmen wollen, erklärte er, wenn ein Handelsvertrag mit Russland auf derselben Grundlage wie der österreichische zu Stande kommen sollte, so wolle er ihn lieber von einem liberalen Landwirtschaftsminister als von einem konservativen. Auf einen Zwischenruf des Herrn von Geadrstein wiederholte er: „Ich nehme Sachen, die mir nicht passen, lieber von einem Liberalen, als von einem, der meine Ansichten theilt.“ Ja, die Herren Agrarier waren darauf und daran, Herrn v. Heyden für einen bedingten Feindhändler auszugeben. Wenn die Herren wirklich geglaubt haben sollten, Herrn v. Heyden in's Bockshorn zu jagen und ihn zum Rücktritt oder zum Eintritt gegen einen Handelsvertrag mit Russland zu drängen, so haben sie jedenfalls ihr Ziel verfehlt. Er erklärte zunächst die Abfrage von einer Abschätzung der Landwirtschaft durch einen etwaigen Handelsvertrag mit Russland für falsch. Die jetzige Preisbildung des Getreides und der landwirtschaftlichen Produkte habe mit den Handelsverträgen nichts zu thun. So wenig der Handelsvertrag an den vorläufigen hohen Preisen schuld gewesen, so wenig sei er die Ursache der jetzigen niedrigen Preise, die eine Folge der guten Ernte seien. Den Vorwurf, daß er ein bedingter Feindhändler sei, wies Minister v. Heyden in ebenfalls treffenden Worten zurück. Schon in seiner ersten Rede hatte er gesagt: „Zur übrigen bin ich kein Spiritusrenner, kein Jüdenrathenbauer, auch kein größter Viehzüchter, sondern bloß ein einfacher Landwirt, der Korn baut.“ Er wisse also, wie dem Landwirth zur Nothe ist, er verheide die Missethätigkeit vieler Landwirthliche sehr gut, weil ich weiß, daß es ihnen schlecht geht.“ Aber, fügte er letzten Sonnabend hinzu, er könne ja vollkommen anerkennen, daß Jemand, der an der Spitze wohnt und den ganzen Segen beobachtet, den der Verkehr und Handel nicht bloß auf die Industrie und den Kaufmannstand ausübt, sondern auf alle



in Wien angetroffen. Am Sonntag Mittag flatterte der König von Württemberg den in Wien anwesenden Erzherzögen und säkularischen Persönlichkeiten Besuche ab und erwiderte die Gegenbesuche derselben. Am Abend fand ein Diner beim Erzherzoge Karl Ludwig statt und später ein Hofball im Schlosse. — Hinsichtlich der ungarischen Finanzoperationen aus Anlaß der Valutaregulierung veröffentlicht das ungarische Amtsblatt eine Kundgebung des Finanzministers, wonach die ungarische vierprozentige Staatsrentenanleihe im Gesamtbetrage von 1062000000 Kronen in Abschnitten von hundert, zweihundert, tausend und zehn tausend Kronen in ungarischer, deutscher, französischer und englischer Sprache ausgefertigt, zur Ausgabe gelangt. Ferner gelangt zur Conversion der Goldanleihe und für die Zwecke der Valutaregulierung eine vierprozentige goldverzinsliche Staatsrenten-Anleihe von 96 Mill. Goldgulden zur Ausgabe. Die Rententitel genießen vollkommene Stempel-, Steuer- und Gebührentfreiheit für alle Zukunft. Die Einlösung erfolgt in Kronen, deutschen Mark und holländischen Gulden.

Anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages Ludwigs XVI., der am 21. Januar 1793 auf Befehl des Convents hingerichtet wurde, haben die **französischen** Monarchisten in mehreren Kirchen von Paris und ebenso in den Provinzen feierliche Messen veranstaltet, welche ohne jeden Zwischenfall verliefen. — Der Hese gegen die Dreibundvertreter, welche anlässlich des Panama-Skandals die „Coarcté“ in unsamer Weise versucht hat, ist jetzt endlich, freilich erst ziemlich spät, die französische Regierung durch eine offizielle Desavouierung entgegengesetzt. Der Minister des Aeußern Develle suchte am Sonntag den deutschen Botschafter Grafen Münster auf, um ihm sein Bedauern über die verletzlichen Angriffe der französischen Presse auf andere Vertreter der Dreibundmächte auszusprechen. Diese Verleumdungen betrafen bekanntlich die Beschuldigung, daß die Verächtlichung einer Verwicklung des russischen Botschafters Baron v. Mohrenheim in die Panamaaffäre von einem Dreibundvertreter herühre, eine Verächtlichung, die in verhöllter Form schließlich sogar der offiziöse „Tzemp“ übernommen hatte. Das jetzige Desaveu

dieser Verleumdung kommt zur rechten Zeit, da bereits in der Montag-Abendnummer der „Nordd. Allg. Ztg.“ unter Uebernahme einer Abwehrtiz der „Köln. Ztg.“ offiziell die Drohung aufgesprochen wird, daß sich, wenn die Vertreter der monarchischen Mächte in Frankreich schuldlos derartigen Verdächtigungen preisgeben werden, Deutschland sich damit einverstanden erklären werde, daß die ausländischen Botschafter außerhalb Frankreichs der Entwidlung der Dinge zusehen. Zugleich wird von Wien aus jede Verantwortung der polnischen Kreise Oesterreichs für die Angriffe auf Baron v. Mohrenheim abgelehnt. — In der Panamaaffäre hat am Sonnabend eine nochmalige Vernehmung von Clemenceau stattgefunden, in welcher dieser dabel blieb, daß er von der Liste der Kompromittirten früher keine Kenntniss erhalten, sondern zum ersten Male davon gehört habe während der Besprechungen wegen der Herausforderungen Arènes gegenüber Labrieux, an welcher Sache er theilhaftig gewesen sei; auch den Namen des F habe Andrieux ihm genannt, aber nur ihm persönlich. Auf die Frage, ob in der letzten Unterredung, welche Reinach mit Herz im Beisein Clemenceaus gehabt hat, von der Liste gesprochen worden sei, erklärt Clemenceau, diese Behauptung sei eine schändliche Abscheulichkeit. Clemenceau äußerte auch ernstliche Zweifel an der Aufrichtigkeit Stephanes. Auf seinen Wunsch wurde dann der frühere Minister des Aeußeren, Floarens, vernommen, welcher einräumte, daß eine gewisse Summe aus dem geheimen Fonds des aeußeren Amtes unter dem Ministerium Rouvier auf Labrieux's Befehl ausgezahlt worden sei. Der Deputirte Delahaye, welcher zuerst mit Anschuldigungen gegen französische Deputirte herorgetreten ist, wiederholte seine frühere Aussage, daß er die Liste mit den Namen von 172 Deputirten, Senatoren, Funktionären, welche Panamagelder erhalten haben, von seiner bekannten Rede im Parlamente gesehen habe. Die Liste sei nach London zurückgeschickt worden. Wenn sie eines Tages publizirt würde, so sei dies nicht seine Schuld. Die Liste sei nicht von Beweisen begleitet gewesen, verdiente aber in Delahaye's Augen volles Vertrauen. Delahaye erklärte ferner, es sei nicht seine Sache, die Namen zu nennen. Er habe nur einen sozialen Mißbrauch bezeichnen wollen und sei kein Ankläger. Die Beschuldigten müßten die Namen der Betroffenen nennen. Sache der Justiz sei es, die individuellen Beweise zu schaffen; er bestie dieselben nicht. Er habe nur eine Photographie der Liste gesehen, auf der 172 Namen mit Nummern verzeichnet gewesen seien, er habe sein Ehrenwort gegeben, niemals den Namen dessen zu nennen, der ihm die Liste gezeigt hat. Näheres könne die Regierung oder Arton der Commission mittheilen. Welterhin wurde der Herausgeber der „Antenne“, Mayer, vernommen, welcher die Behauptung, daß er von Rouvier 100000 Francs erhalten habe, lebhaft zurückwies. — Gegen Rouvier ist neuerdings auch der frühere Kriegeminister, General Ferron, mit der belästigenden Aussage aufgetreten, daß Rouvier thatsächlich Gelder aus dem Geheimfonds des Kriegesministeriums zur Bekämpfung des Boulangerismus übergeben wurden. Die Gelder seien juristisch statos worden.

Ueber die Bankkrisis in Italien bringt der „Commercio italiano“ folgende auf ihre Richtigkeit vorläufig uncontrolirbare Angaben, die indes, nach den jüngsten Vorkommnissen zu schließen, sehr glaubwürdig klingen: „Die Banca Romana befindet sich heute in einem Zustande, in dem sich vielleicht niemals ein Institut der Welt befindet hat. Es handelt sich nicht bloß um verlorenes Kapital. Es handelt sich um ungläubliche kriminalistische Thatfachen und nicht bloß um doppelte Serien von 50 und 1000 Francs-Billets, nicht bloß um Wechsel ohne Stempel und ungeheure Contocorrents zu Gunsten von verschiedenen Persönlichkeiten, darunter drei oder vier Abgeordneten von Rom und der römischen Provinz, sondern um eine Emission von Papiergeld um viele Millionen ohne die geringste Verächtlichung, um Verwendung von